



3. Sitzung, Montag, 23. Mai 2011, 8.15 Uhr

Vorsitz: *Jürg Trachsel (SVP, Richterswil)*

Verhandlungsgegenstände

1. Mitteilungen

- Zuweisung von neuen Vorlagen..... Seite 00000
- Dokumentation im Sekretariat des Rathauses
 - *Protokollauflage* Seite 00000
- Geburtstagsgratulation Seite 00000
- Gesuch um persönliche Vertretung einer Volksinitiative im Rat Seite 00000

2. **Provisorisch** Bewilligung eines Objektkredites für die Autobahnüberdeckung Kattensee Nationaltrasse A1 (Ausgabenbremse)

Bericht und Antrag des Regierungsrates vom 28. April 2010 und geänderter Antrag der KPB vom 26. Oktober 2010 **4691a** Seite 00000

3. **Beschluss des Kantonsrates über die kantonale Volksinitiative «Stau weg!» (Ausgabenbremse)**

Antrag der KEVU vom 19. April 2011 **4696b** Seite 00000

4. **Besenbeizen**

Bericht und Antrag des Regierungsrates vom 2. Dezember 2009 zum Postulat KR-Nr. 198/2006 und gleich lautender Antrag der WAK vom 18. Mai 2010 **4649** Seite 00000

5. **Finanzplatz Schweiz muss in der Expertengruppe des Bundes vertreten sein (Reduzierte Debatte)**

Bericht und Antrag des Regierungsrates vom 30. März 2010 zum dringlichen Postulat 67/2009 und

Glas Most unter einem Schattenbaum in einer Besenbeiz ist das Beste. Ich nehme natürlich diese positive Haltung des Rates mit in die Verwaltung und will das weitergeben gegenüber den Besenbeizen, möchte aber doch noch anfügen: Eigentlich ist es auch gut, in einem Kanton zu leben, in dem Bewilligungsverfahren nicht davon abhängig sind, ob eine chinesische Staatsdelegation etwas trinken will oder die normale Bevölkerung.

In diesem Sinn plädiere ich auch für Abschreibung des Postulates.

Ratspräsident Jürg Trachsel: Die vorberatende Kommission schlägt die Abschreibung des Postulates vor. Ein anderer Antrag wurde nicht gestellt. Das Verfahren ist beendet.

Das Postulat 198/2006 ist abgeschrieben.

Das Geschäft ist erledigt.

5. Finanzplatz Zürich muss in der Expertengruppe des Bundes vertreten sein. *(Reduzierte Debatte)*
Provisorisch
 Bericht und Antrag des Regierungsrates vom 30. März 2010 zum dringlichen Postulat KR-Nr. 67/2009 und gleichlautender Antrag der WAK vom 31. August 2010 **4673**

Hans Heinrich Raths (SVP, Pfäffikon), Präsident der Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK): Das vorliegende dringliche Postulat wurde dem Regierungsrat am 20. April 2009 überwiesen. Darin wird er eingeladen, einen Vorschlag zu erarbeiten, wie die Interessen des Finanzplatzes Zürich in der Expertengruppe des Bundesrates zur Zukunft des Finanzplatzes und des Bankgeheimnisses angemessen vertreten werden können. Aus Sicht der Postulanten reagierte der Bundesrat auf die ihrer Ansicht nach zweifelhaften UBS-Geschäfte in den USA, das Vorgehen der Finanzmarktaufsicht und den internationalen Druck auf das Bankgeheimnis sehr zögerlich. Erst am 25. Februar 2009, also reichlich spät, habe er einen dreiköpfigen Ausschuss eingesetzt, der sich zusammen mit Experten dem Fall UBS USA annehmen soll. Man sei erschrocken über die gemächliche Gangart des Bundesrates. Erst habe dieser die aktuellen Herausforderungen des Finanzplatzes Schweiz unterschätzt und zu spät gehandelt und nun tue er so,

Hansueli Vogt (SVP, Zürich): Ich darf als Benjamin der SVP-WAK-Vertretung bekanntgeben, dass die SVP-Fraktion diesem Antrag des Regierungsrates auf Abschreibung ebenfalls zustimmt, aus drei Gründen:

Erstens ist das Postulat aufgrund des Zeitablaufs gegenstandslos geworden. Im November 2009 hatte die betreffende Arbeitsgruppe bereits die wesentlichen Entscheide gefällt. Der Bundesrat hat im Dezember 2009 einen Bericht zur Finanzmarktpolitik vorgelegt. Das Postulat konnte also das Ziel zeitlich gar nicht mehr erreichen.

Zweiter Grund für die Abschreibung: Es ist sicher richtig, beim Finanzplatz Schweiz immer auch an die besondere Bedeutung der Finanzindustrie für Zürich zu denken. Wichtig ist aber vor allem die Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Finanzplatzes Schweiz und damit die Wahrnehmung und Verteidigung der schweizerischen Interessen durch den Bund gegenüber ausländischen Behörden, Regulatoren und Regierungen. Darum sehen wir unseren hauptsächlichen Auftrag darin, dass unsere Vertreter in Bern für optimale Rahmenbedingungen für den Finanzplatz Schweiz sorgen. Wenn es dem Finanzplatz Schweiz gut geht, geht es Zürich gut.

Drittens – und darauf weist der Regierungsrat hin – sind letztlich die steuerlichen Rahmenbedingungen zentral für den Erfolg des Finanzplatzes Schweiz. Und dazu gehört nebst der Einsitznahme in irgendwelchen Experten- und Arbeitsgruppen der unablässige Einsatz für attraktive steuerliche Rahmenbedingungen, sei es auf der Ebene des Bundes, sei es auf kantonaler Ebene.

Wir können der Abschreibung also getrost zustimmen. Der Einsatz für den Finanzplatz Zürich und den Finanzplatz Schweiz geht aber weiter. Vielen Dank.

Peter Ritschard (EVP, Zürich): Ich verzichte auf den grössten Teil meiner Antwort – aus Zeitgründen, weil es ja schon fünf vor zwölf ist. Als Drittunterzeichner des dringlichen Postulates bin ich mit der Antwort zufrieden. Ich möchte Sie daran erinnern, dass ein Zehntel der Wirtschaftleistung der Schweiz aus dem kleinen Gebiet der Stadt Zürich erwirtschaftet wird. Stadt und Kanton Zürich sollten ihre Interessen im Bund vehementer und geschlossener wahrnehmen, was mit unserem Volkswirtschaftsdirektor jetzt sicher gut gelingen wird.

Das Postulat kann abgeschrieben werden.